Deutsche Umwelthilfe

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Hackescher Markt 4 | 10178 Berlin

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit
[redacted]
11055 Berlin

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
BERLIN
Hackescher Markt 4
Eingang: Neue Promenade 3
10178 Berlin

[redacted]
Tel. [redacted]
Fax [redacted]
[redacted]
www.duh.de

08. Juli 2020

Schriftliche Stellungnahme zu dem Referentenentwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Handels mit fluorierten Treibhausgasen Anhörung: IG II 1 – 6101/001-2020.0001

Sehr geehrter Herr [redacted],

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist eine politisch unabhängige, als gemeinnützig anerkannte Umweltorganisation und klageberechtigter Verbraucherschutzverein. Sie engagiert sich vor allem auf nationaler und europäischer Ebene. Die DUH beschäftigt sich seit 15 Jahren u.a. intensiv mit dem Thema des Einsatzes klimaschädlicher Kältemittel und der Förderung klimafreundlicher, natürlicher Kältemittel in verschiedenen Anwendungssektoren.

Der Einsatz hochpotenter Kältemittel muss so schnell wie möglich reduziert werden. Mit der europäischen F-Gas Verordnung wurde ein ambitionierter Reduktionsplan für F-Gase auf die Beine gestellt, die bei regelkonformer Einhaltung ihre Effekte erzielen kann – jedoch wird das europäische Quotensystem durch einen illegalen HFKW-Handel innerhalb der EU konterkariert. Dieser illegale Handel muss schnellstmöglich und konsequent gestoppt werden.

Entsprechend unterstützen wir den vorliegenden Gesetzentwurf um Vollzugshindernisse bei der Bekämpfung des illegalen F-Gas-Handels zu beseitigen (IG II 1 – 6101/001-2020.0001).

Der illegale Handel mit Kältemitteln bzw. in illegalen Einwegbehältern ist in der Praxis weit verbreitet. Laut einer Umfrage[1] der Umweltorganisation EIA haben mehr als 70 Prozent der Befragten illegale Kältemittel gesehen bzw. angeboten bekommen. 2018 sollen laut dem Kältemittelverband EFCTC ungefähr 34 Millionen Tonnen CO_2eq an Kältemittel illegal in die EU eingeführt worden sein.[2] Grundsätzlich kann auch davon ausgegangen werden, dass illegal importierte Kältemittel von minderer Qualität sind als legale und eine Nutzung zur Beschädigung der Anlagen führen. Darüber hinaus werden sie nicht im europäischen Quotensystem erfasst und lassen die realen CO_2 Emissionen einzelner Anwendungssektoren deutlich steigen. Eine besondere Beachtung muss

[1] https://eia-international.org/wp-content/uploads/EIA-report-Doors-wide-open.pdf
[2] https://stopillegalcooling.eu/wp-content/uploads/EFCTC_Press-Release_EN-2.pdf?utm_source=webinar&utm_medium=email&utm_campaign=oxera

auch der Handel in Onlineplattformen wie Ebay oder Amazon kontrolliert werden, da besonders leicht illegales HFKW zu bekommen ist – meist erkenntlich durch Einweggebinde.

Eine rasche Gesetzesänderung ist von dringender Notwendigkeit, damit der illegale Handel mit HFKW schnell zum Erliegen kommt. Der Referentenentwurf nennt als Alternative zur Deutschen Gesetzesänderung das Abwarten auf die Revision der Europäischen F-Gas Verordnung (517/2014). Eine Verzögerung der Gesetzesänderung darf nicht in Betracht gezogen werden und würde nur zu weiteren Emissionen führen.

Es müssen zudem härtere Strafen für den illegalen Handel verhängt werden, sodass diese eine noch abschreckende Wirkung erzielen. Gleichzeitig muss an den Bundesgrenzen noch stärker Verdachtsfällen nachgegangen werden. Hierbei muss sichergestellt werden, dass der Zoll nicht auf den konfiszierten Waren sitzenbleibt und teure Entsorgungskosten auf ihn zukommen. Durch ein gemeinschaftliches europäisches Entsorgungsmanagement sollten diese Kosten auf alle Mitgliedsstaaten gerecht verteilt werden. Der illegale Handel mit HFKW Kältemitteln führt zu Steuerausfällen und schwächt ehrliche Unternehmen. Gleichzeitig sorgt ein offenes Register, das für alle einsehbar ist, für noch mehr Transparenz im ohnehin komplizierten europäischen Quotensystem.

Neben diesem wichtigen, von der Bundesregierung noch nicht abgestimmten Referentenentwurfes gibt es noch weitere sehr dringende Maßnahmen, die zur Reduzierung von F-Gas Emissionen notwendig sind. So muss Deutschland dringend den Einsatz von natürlichen Kältemitteln wie CO_2 oder Propan fördern. Hierzu zählen u.a. mehr Einflussnahme in der Normung für die Nutzbarkeit brennbarer, natürlicher Kältemittel in verschiedenen Anwendungssektoren (wie z.B. in der kommerziellen Kühlung, Klima- sowie Wärmepumpentechnik). Gleichzeitig muss Deutschland bei öffentlichen Beschaffungen und Ausschreibung zwingend natürliche Kältemittel vorschreiben und die Ausbildung an natürlichen Kältemitteln fördern.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

Bundesgeschäftsführer